

Rheingauer Beobachter

Fernsprecher 269

„Eltviller Zeitung“ und „Stadt-Anzeiger“

Fernsprecher 269

Nachweislich
größte Abonnentenzahl in der
Stadt Eltville.



Erscheint Dienstags und Samstags — Abonnementspreis pro Quartal M. 1.00 für Eltville und auswärts. (ohne Trägerlohn und Postgebühr.) — Inseratengebühr: 25 J die einspaltige Petit-Zeile. Reklamen die Petit-Zeile M. 3.00.
Druck und Verlag von Alwin Boege in Eltville.

Der „Rheingauer Beobachter“ veröffentlicht zeitig alle städtischen amtlichen Bekanntmachungen.

№ 14.

Eltville, Dienstag, den 17. Februar 1920.

51. Jahrg.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Massnahmen gegen den Wohnungsmangel.

Gemäß der Verordnung zum Schutze der Mieter vom 22. Juni 1919 (R.G.B. I. S. 591) und mit Zustimmung des Reichsarbeitsministeriums erlassener Anordnung des preussischen Ministers für Volkswohlfahrt vom 5. Dezember 1919 erhalten folgende Bestimmungen nachstehende ergänzte Fassung:

1. Die Anordnung des Regierungspräsidenten vom 25. Februar 1919 (veröffentlicht im Rheingauer Anzeiger Nr. 35, Rheingauer Bürgerfreund Nr. 36):

a. Die Vermieter von Wohn- und Geschäftsräumen, Büros, Läden und Werkstätten können ein Mietverhältnis rechtswirksam nur mit vorheriger Zustimmung des Einigungsamtes kündigen. Dies gilt insbesondere, wenn die Kündigung zum Zwecke der Mietssteigerung erfolgt.

2. Die Anordnung des Kreisamtes vom 8. Juli 1919, betreffend Massnahmen gegen den Wohnungsmangel.

Jeder Abschluß eines Mietvertrages über Wohn- und Geschäftsräume, Büros, Läden und Werkstätten ist vom Vermieter binnen einer Woche nach Abschluß des Vertrages dem Gemeindevorstand anzugeben. Dieser bestimmt, welche Angabe die Anzeige zu enthalten hat.

Uebersteigt der vereinbarte Mietzins den Betrag, der für Wohn- und Geschäftsräume, Büros, Läden oder Werkstätten der gemieteten Art und Ausstattung unter Berücksichtigung der Nebenleistungen des Vermieters üblich und angemessen ist, so kann sowohl der Gemeindevorstand innerhalb einer Woche nach Eingang der Anzeige, als auch der Mieter bis zum Ablauf zweier Wochen nach Abschluß des Vertrages bei dem Einigungsamte beantragen, daß der Mietzins auf die angemessene Höhe herabgesetzt wird; etwaige Nebenleistungen des Mieters gelten als Teil des Mietzinses, ebenso eine für den Nachweis der Mieträume gezahlte Belohnung, soweit sie dem Vermieter unmittelbar oder mittelbar zusteht.

Aus einem Mietvertrage, der dem Gemeindevorstand nicht angezeigt ist, können von dem Vermieter keine Ansprüche geltend gemacht werden. Der Vertrag wird auch in Ansehung der Ansprüche des Vermieters wirksam, wenn weder der Gemeindevorstand noch der Mieter innerhalb der Frist (Absatz 2) eine Herabsetzung des vereinbarten Mietzinses beantragt, wenn die Anträge auf Herabsetzung zurückgezogen werden oder wenn das Einigungsamt über die Anträge entscheidet.

3. Die Anordnung des Kreisamtes vom 5. November 1919, betreffend Massnahmen gegen den Wohnungsmangel:

Vermieter von Wohn- und Geschäftsräumen, Büros, Läden und Werkstätten können einen Mietvertrag sowohl mit neuen Mietern als auch mit alten Mietern, soweit mit diesen eine Mietssteigerung vereinbart wird, rechtswirksam nur mit Zustimmung des Gemeindevorstandes eingehen. Die Zustimmung kann nur aus Gründen verweigert werden, die in den Bestimmungen des Mietvertrages liegen, nicht aus dem Grunde, um den Zugang zu verhindern. Die Gründe der Verweigerung der Zustimmung sind den Parteien mitzuteilen. Im Falle der Verweigerung der Zustimmung ist die Beweiserhebung an das Einigungsamt binnen einer Woche zulässig.

Die übrigen Vorschriften der Bekanntmachung bleiben unverändert.

Rüdesheim a. Rh. den 21. Januar 1920.

Der Kreisamtsrat des Rheingaukreises.

Bekanntmachung.

Preiswirtschafsstelle — Getreideamt.

Rüdesheim, den 15. Februar 1920.

Betrifft: Erhöhung der Preise für Brotgetreide.
Die vereinten Vertreter der Landwirtschaft haben bei den zuständigen Stellen immer wieder darauf hingewiesen, daß eine bessere Ablieferung an Brotgetreide nur durch eine bessere, angemessene Bezahlung des Getreides zu erreichen sei. Nach langem Bögern hat die Reichsgetreidestelle dann die Zahlung von Lieferprämien nach dem Prozentsatz der Erhöhung des Ablieferungssolls verfügt. Diese Maßnahme, deren Durchführung auf die größten Schwierigkeiten stieß, konnte nennenswerten Erfolg nicht haben, da die Landwirte nicht Prämien, sondern eine Erhöhung der festen Preise gefordert hatten. Nach weiteren Verhandlungen der Landwirtschaftskammern mit den zuständigen

Reichsstellen haben diese nunmehr die Zahlung von 900 Mark je Tonne für Roggen und Gerste und 1000 Mark je Tonne für Weizen bewilligt. Die Zahlung dieses Preises erfolgt für jede aus der Ernte 1919/20 abgelieferte und bis zum 15. März 1920 noch zur Ablieferung kommende Getreidemenge.

Die Zahlung der Ablieferungsprämien erfolgt dagegen nicht. Die Bekanntmachung des Kreisamtes betr. die Zahlung von Ablieferungsprämien für Brotgetreide vom 16. Januar 1920 wird hiermit zurückgenommen.

Als Bedingung für die Zahlung der vorgenannten erhöhten Preise wird von der Reichsgetreidestelle die Erfüllung von mindestens 110% der Mindestablieferungsschuldigkeit des Kreises gefordert. Die Erfüllung dieser Bedingung ist uns möglich, da die Reichsgetreidestelle Berlin das nach dem Ergebnis der Ernteschätzung errechnete Ablieferungssoll nach dem von uns nachgewiesenen tatsächlichen Erntergebnis berichtigt hat.

Eine Auskunft über die Möglichkeit der Erfüllung von „110% der Mindestablieferungsschuldigkeit“ gaben wir schon im Absatz 5 unserer obengenannten Bekanntmachung vom 16. Januar 1920.

Die Erfüllung der gestellten Bedingung ist uns aber nur dann möglich, wenn die noch abzuliefernden Getreidemengen unverzüglich zur Ablieferung gebracht werden. Wir richten daher an alle

Landwirte des Kreises

die dringende Aufforderung, das Getreide sofort oder aber spätestens noch vor dem 15. März 1920 abzuliefern und sichern ihnen die Bezahlung von

90 M. für je 100 kg. Roggen,
90 „ „ „ 100 „ Gerste und
100 „ „ „ 100 „ Weizen

hiermit zu. Die Nachzahlungen für die schon abgelieferten Mengen Getreide werden im Laufe des Monats März erfolgen.

Das im Rheingaukreise geerntete Getreide bleibt im Kreise. Das daraus hergestellte Mehl wird zur Sicherstellung der Broterzeugung der Bevölkerung unseres Kreises verwandt. Wir wissen nicht, wie lange der Reichsgetreidestelle noch die Lieferung von Mehl zur Broterzeugung möglich sein wird. Die erst in den letzten Tagen angeordnete Herabsetzung der Brotratton und Heraussetzung des Ausmahlungsatzes beweist, daß die Broterzeugung der Landwirte nach angemessenen Preisen jetzt erfüllt sind, ist es nunmehr unbedingte Pflicht jedes Landwirtes seine Getreideablieferungspflicht restlos zu erfüllen, um an seinem Teile dazu beizutragen, das schlimmste, eine Hungersnot, der Bevölkerung unseres Kreises fernzuhalten.

Trimborn.

Bekanntmachung.

Die Viehhalter weisen wir darauf hin, daß alle Zu- und Abgänge von Rälbern innerhalb von 24 Stunden schriftlich bei uns anzumelden sind. Zuwiderhandlungen werden gemäß der bestehenden Bestimmungen strengstens bestraft.

Eltville, den 13. Febr. 1920. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

1. Die Liste der Wahlberechtigten für den Elternrat der Seminarübungsschule liegt vom 16. Februar bis zum 1. März ds. Js. im Zimmer Nr. 2 des Rathauses, von 10 Uhr vormittags bis 12^{1/2} Uhr mittags, zur öffentlichen Einsicht aus.

2. Zu der am 29. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Zimmer 1 der Übungsschule stattfindenden zweiten Elternversammlung werden hiermit alle Eltern der Übungsschülerinnen freundlich eingeladen.

Eltville, den 12. Februar 1920. Der Seminardirektor: Knögel.

Bekanntmachung.

Von Montag, den 16. Febr. 1920 bis Freitag, den 20. Febr. 1920 wird in dem Geschäft von Franz Edel Peko ausgegeben.

Bezugsberechtigt sind die Nummern 801—1075.

Die Rolle kostet 50 Pfennig.

Haushaltungen von 1—2 Personen erhalten 1 Rolle.

„ „ „ 3—4 „ „ 2 „

„ „ „ 5—6 „ „ 3 „

u. s. w.

Eltville, den 14. Febr. 1920. Städtische Warenstelle.

Bekanntmachung.

Von Montag, den 16. Februar 1920 bis Freitag, den 20. Februar 1920 wird in dem Geschäft von Gg. Bisel Brankbutter für die S. u. D. R.-W. ausgegeben.

Das Pfund kostet M. 10.80.

Die Ausgabe erfolgt nur gegen die dafür bestimmten Empfangscheine und die angegebene Zeit.

Eltville, den 14. Febr. 1920. Städtische Warenstelle.

Bekanntmachung.

Aus der Bernhard Müller-Stiftung können armen, verlassenen, elternlosen, in Eltville heimatischen Kindern zu ihrer Verpflegung in Krankheitsfällen oder zu ihrer Erziehung Beihilfen gewährt werden. Im Falle hervorragender Befähigung und vorzüglicher Leistung kann einem Studierenden während der Zeit seines Universitäts-Besuches eine jährliche Unterstützung bis zum Abschluß seines Studiums, höchstens jedoch bis zum vollendeten 23. Lebensjahre gewährt werden.

Die Unterstützung kann sich bei Erlernung eines Berufes bis zur Beendigung der Lehrzeit, jedoch nicht über das 17. Lebensjahr, erstrecken.

Schriftliche Gesuche sind bis zum 15. März 1920 hier einzureichen, unter Angabe des Namens, Alter und der besuchten Schule.

Eltville, den 10. Februar 1920. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Am 1. April d. Js. wird in der Gutenbergschule die Stelle eines Schulwarts errichtet. Der Schulwart erhält freie Wohnung, freien Brand und eine Vergütung in Geld. Die Dienstwohnung besteht aus einer Zweizimmerwohnung nebst Dachkammer und Küche.

Angebote mit Gehaltsansprüchen sind bis spätestens 1. März d. Js. einzureichen.

Eltville, den 7. Februar 1920.

Der Magistrat.

Friedhofswärter

zum 1. April 1920 gesucht. Bedingungen: Körperliche Mäßigkeit, Schreibgewandt, gute Führung. Probezeit 6 Monate, dann Anstellung auf Kündigung. Gehalt 1200 bis 1800 M. und 220 M. Wohnungsgeld. Feuerungszulagen nach staatlichen Sätzen. Bewerbungen mit Zeugnissen und selbstgeschriebenen Lebenslauf sind bis 1. März 1920 hierher einzureichen.

Eltville, 11. Februar 1920. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Bei der hiesigen Polizei wurde gemeldet:

Als verloren:

Ein Portemonnaie mit M. 45.— Inhalt.

Eine rote Ledertasche mit M. 96.— Inhalt.

Eine rote Brieftasche mit M. 212.— Inhalt.

Eine goldene Brosche.

Die Finder wollen sich auf dem Rathaus — Zimmer Nr. 1 — melden.

Eltville, den 13. Febr. 1920.

Die Polizeiverwaltung.

Ministerbesuch in Wiesbaden.

Man schreibt uns von berufener Seite:

LR von Köln kommend, weilten am Samstag, den 7. d. Mts. drei Mitglieder der Preussischen Staatsregierung, der Herr Ministerpräsident, der Herr Minister für Handel und Gewerbe und der Herr Minister für Volkswohlfahrt, begleitet von dem parlamentarischen Unterstaatssekretär Herrn Linz und einigen vortragenden Räten verschiedener Ministerien in der Stadt Wiesbaden. Die Herren begaben sich bald nach ihrer Ankunft in das Regierungsgebäude, wo sie erwünschte Gelegenheiten zur Aussprache mit Vertretern weitläufiger Bevölkerungskreise der Stadt und des Bezirks fanden. Vom stellvertretenden Regierungspräsidenten, Herrn Oberregierungsrat Pfeiffer von Salomon begrüßt, betonte namens des Preussischen Staatsministeriums der Herr Handelsminister in längerer Rede, es sei schon lange sein und seiner Kollegen Wunsch gewesen, durch persönliches Erscheinen im besetzten Gebiet zu beweisen, daß dessen Bevölkerung von der Preussischen Staatsregierung nicht vergessen sei. Erst mit der Ratifizierung des Friedensvertrages sei der Zeitpunkt für eine solche Reise gekommen. Dann aber hätten sie nicht lange gezögert, jene Absicht auszuführen. Er gebe den hier Anwesenden die Versicherung, daß der seelische Druck, der auf jedem deutschführenden Bewohner der besetzten Länder laste, von allen preussischen Ministern mitempfunden werde. Wohl wisse er, daß hier und da in der Bevölkerung Zweifel darüber entstanden seien, ob die Staatsregierung auch wirklich wisse, wie sehr sie unter jenem seelischen Druck leide. Solche Zweifel seien indes unbegründet. Er hoffe, daß die Ministerreise durch das besetzte Gebiet auch hierüber Klarheit bringen werde. Die Reise solle das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Deutschland festigen. Er bitte die Anwesenden, ihre Wünsche, Fragen und Klagen offen vorzutragen. Jüngst habe Hochwasser weite Strecken der Bezirke längs des Rheins und seiner Nebenflüsse heimgesucht. Es sei wohl schon bekannt, daß die Preussische Staatsregierung im Verein mit der Landesversammlung ein großzügiges Hilfswerk hierfür in Angriff genommen habe. Daneben aber wolle sie aus Anlaß ihres Besuchs noch eine besondere Summe zur Verfügung stellen, um dadurch Kindern, welche durch die Hochwasserschäden in ihrer Gesundheit gefährdet werden, eine spezielle Fürsorge angedeihen zu lassen. Ueber die Höhe dieser Summe wolle er die Vorschläge des stellvertretenden Herrn Regierungspräsidenten erbitten.

An diese mit großer Wärme vorgetragene Rede schloß sich eine allgemeine Aussprache, aus der folgendes hervorgehoben sei.

Lebensnerv der Stadt Wiesbaden ist dessen weltberühmte Kurindustrie. Hat diese schon durch den langen Krieg schwer gelitten, so droht sie jetzt infolge der Besetzung durch die französischen Truppen, welche naturgemäß den belebenden Fremdenzufluß herabmindert, völlig zu erliegen. Dies würde die Vernichtung der steuerlichen Leistungsfähigkeit der Stadt bedeuten. Deshalb wurde die Frage aufgeworfen, ob es nicht möglich wäre, die steuerpflichtigen Bewohner Wiesbadens zeitweilig in einer von den allgemeinen Steuergrundlagen abweichenden, mildernden Weise zu besteuern bis die Kurindustrie sich wiederum gehoben haben würde. Aber auch die wirtschaftliche Sicherung des Staatstheaters und des für das Kurleben gleichfalls wichtigen Rennbetriebes wurde der schleunigen Fürsorge des Staats empfohlen. Nicht zuletzt wurde die Hilfe der Staatsregierung für Wiesbaden dafür erbitten, daß der Oberbürgermeister Gläffling bald wieder sein Amt übernehmen könne. Erwähnt sei, daß auch der Not der im Kassauerlande zahlreich vorhandenen übrigen Kurorte, die unter ähnlichen Schwierigkeiten leiden, in diesem Zusammenhange zu gedenken wäre.

Weiter kam die Entschädigung für die Einquartierungslasten aller Art zur Sprache, wie sie z. B. durch die Inanspruchnahme von Grundstücken, Häuser, einzelnen Zimmern, von Zimmerausstattungen, Wäsche oder von Futtermitteln für die französischen Truppen erforderlich sind. Ungeachtet dessen, daß diese Forderungen z. T. schon seit Jahrzehnten entstanden sind, entbehren sie bis heute noch der Entschädigung durch das Reich. Die daraus entstehende Mißstimmung ist daher gewiß begründlich. Einer der Begleiter der Herren Minister führte demgegenüber aus, daß die Reichsregierung wie die Preussische Regierung schon seit langem bereit seien, diese Schäden in vollem Maße zu ersetzen und ihre Höhe in einem Verfahren ermitteln zu lassen, welches das freieste der Welt genannt werden könne; indes hätten die französischen Besatzungsbehörden die Anwendung des betreffenden Gesetzes in dem von ihnen okkupierten Gebiet bisher nicht zulassen zu können geglaubt. Verhandlungen hierüber schwebten zur Zeit. Diese Schwierigkeiten beständen nicht überall im besetzten Gebiet. In Köln z. B. seien keine Klagen dieser Art vorgetragen worden, weil die britischen Besatzungsbehörden wie anderwärts auch die amerikanischen, sich in dieser Hinsicht entgegenkommender verhalten hätten.

Im Zusammenhang hiermit wurde die Frage des Ersatzes für beschlagnahmtes Heeresgut erwähnt. Als die deutschen Heere im Herbst 1918 die Länder am Rhein auf dem Rückzuge durchzogen, ist viel Heeresgut, durch Abgabe an die werktätige Bevölkerung gegen Bezahlung verwertet worden. Nachträglich wurde es den Erwerbern von den Besatzungsbehörden entzogen, die ein

Recht darauf zu haben erklärten. Die Erwerber wünschen nun, dafür zu dem Werte entschädigt zu werden, den die Gegenstände zurzeit der Einziehung hatten und nicht nur unter Zugrundelegung des Preises, der seinerzeit der Heeresverwaltung bei Übernahme gezahlt wurde.

Die Handelskreise wehren sich dagegen, daß aus dem unbesetzten Deutschland Waren mit einem Preisausschlag belegt werden, sobald sie in das besetzte Gebiet gelangen, wie wenn es sich um Ausfuhr nach dem Auslande handelte. Der Herr Minister für Handel und Gewerbe sagte eine sofortige Prüfung dieser Beschwerde zu. Es müsse selbstverständlich alles vermieden werden, was den Anschein erwecken könnte, als sei das besetzte Gebiet von Deutschland abgetrennt. Vielleicht handle es sich aber bei den erwähnten Waren um solche, die wirklich für die Ausfuhr nach dem Auslande bestimmt gewesen und nur scheinbar in das besetzte Gebiet gelangt seien. Die in Kürze ins Leben tretenden Außenhandelsstellen würden hoffentlich eine genügende Kontrolle ermöglichen, um die erwähnten Mißstände zu verhindern. Ueberhaupt widme die Preussische Staatsregierung gerade allen Fragen der Ein- und Ausfuhr, der sog. Auffangorganisation, der Zollgrenze usw. eine ihrer hohen Bedeutung entsprechende Würdigung, wie der Herr Minister im einzelnen darlegte. Sowohl in dieser Frage, wie in derjenigen des Ersatzes für das beschlagnahmte Heeresgut wolle die Staatsregierung das Interesse des besetzten Gebietes bei der Reichsregierung nach Kräften zu fördern suchen.

Bei dem großen Ausfall, der auf allen Gebieten der Produktion im ganzen deutschen Reiche entstanden ist und der die Befriedigung selbst der dringendsten Bedürfnisse überall erschwert, besteht bald hier, bald dort das Gefühl, in Vergleich zu anderen Landesstellen empfindlich vernachlässigt zu sein. Dies gilt natürlicherweise ganz besonders für die der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegenden hauptsächlichsten Lebensmittel und für die Kohle. Wenn nun ein solches Gefühl, benachteiligt zu sein, schon im unbesetzten Reiche, wenn auch unberechtigt, so doch nicht unverständlich ist, so kann ein solcher Glaube im besetzten Gebiet, wo der vorhandene seelische Druck Argwohn und Vorurteil ohnehin befördert, erst recht nicht Wunder nehmen. So erklärt sich denn sehr wohl, daß der ganz außerordentliche Mangel an Kohle, für den Hausbrand sowohl wie für die Industrie, hierzulande als eine Not betrachtet wird, die man mehr erleidet als alle anderen Landesstellen. Es wurde darauf hingewiesen, daß manche industrielle Werke wegen des Fehlens der Kohle schon seit geraumer Zeit stillliegen, daß andere nur durch Verwendung ausländischer Kohle ihre Arbeiter beschäftigen können und daß bei weiterem Stoden der Kohlenzufuhr eine ausgebreitete Arbeitslosigkeit bevorstehe, während andererseits beim Vorhandensein genügender Kohlenmengen eine Hochkonjunktur erhofft werden könnte, wie man sie noch nie erlebt hat!

Aber auch die große Knappheit an Lebens- und Futtermitteln, zumal an Kartoffeln und Raufutter, wird drückend empfunden. Als Grund für diese Knappheit kommt mit in Betracht, daß natürlicherweise auch die Bedürfnisse der Besatzungsgruppen zu befriedigen sind, ein Umstand, der im unbesetzten Gebiet forsfällt. Man ist der Ansicht, daß hier das Reich zur Belieferung der Besatzungsgruppen beitragen müßte. Der Herr Reichswirtschaftsminister hat sich aber nicht hierzu bereitfinden lassen, weil er bei der verhältnismäßig geringen Kartoffelernte des Jahres 1919, namentlich nach dem großen Ausfall infolge der frühen Kobernherfröste, nicht einmal den Bedarf der deutschen Bevölkerung im unbesetzten wie im besetzten Gebiet genügend decken könne. Er hat deshalb vorgeschlagen, darauf hinzuwirken, daß die Besatzungsgruppen ihren Bedarf möglichst den eigenen Ländern entnehmen. In der Besprechung wurde betont, daß mit dieser Entscheidung der Bevölkerung eines deutschen Landesteils nicht gedient sei, die nicht nur an dem allgemeinen Mangel zu tragen habe, sondern auch noch durch die Fürsorge für die Besatzungsgruppen in Anspruch genommen sei.

Das Handwerk hatte sich darüber zu beklagen, daß Benzol und andere Betriebsstoffe bei der Verteilung von Reichswegen nicht in das besetzte Gebiet gelangen und ferner, daß die zuständigen Bekleidungsämter bei der Vergebung von Reichsnaharbeiten noch jüngst das besetzte Gebiet ausdrücklich ausgeschlossen hätten.

Auf alle diese Beschwerden und Wünsche antworteten der Hr. Ministerpräsident und der Herr Handelsminister teils aufklärend, teils in der Richtung Zusicherung aussprechend, daß die Preussische Staatsregierung das Vorgelegene der Reichsregierung, soweit diese dafür zuständig sei, unter warmer Befürwortung mitteilen wolle. Eine ganz besonders wertvolle Erklärung wurde von einem der Ministerialreferenten abgegeben, durch welche die Zukunft aller im besetzten Gebiet angestellten unmittelbaren und mittelbaren Staatsbeamten völlig sichergestellt wird. Hierzu wurde auf Anregung aus der Versammlung heraus bemerkt, daß die Staatsregierung sich bemühen wolle, eine kleine Fürsorge auch für die Beamten der öffentlichen Wirtschaftlichen Organisationen einzutreten zu lassen.

Zu verschiedenen Malen im Laufe der Besprechung wurde den Herren Staatsministern als völlig übereinstimmende Meinung der Bevölkerung des ganzen Landes der Wunsch entgegengebracht, daß der besetzte Teil des Regierungsbezirks nicht vom unbesetzten hinsichtlich der Verwaltung irgendwie getrennt bleiben dürfe. Mit aller Bestimmtheit erwiderte hierauf der Herr Ministerpräsident, daß die preussische Staatsregierung einer solchen Trennung sich mit allem Nachdruck entgegenstellen werde.

Zuletzt, aber nicht am wenigsten soll noch betont werden, daß die Herren Minister auch an dieser Stelle noch einmal mit aller Bestimmtheit erklärten, daß das schließlich in der Presse erwähnte Gerücht, die Preussische

Regierung und insbesondere der Preussische Finanzminister hätten eine hohe Belohnung auf die Ermordung des Herrn Dorten ausgesetzt, völlig aus der Luft gegriffen sei. Und es wurde mit heller Entrüstung aufgenommen, daß ein deutsches Blatt sich nicht endblödet hat, gegenüber der gleichartigen Erklärung des stellvertretenden Regierungspräsidenten seine ursprünglichen unwahren Behauptungen aufrecht zu erhalten.

Am Schlusse der überaus angeregten Aussprache dankte der Herr Ministerpräsident für alle gegebenen Anregungen. Er hoffe, zeigen zu können, daß sie auf fruchtbaren Boden bei ihm und seinen Kollegen gefallen seien. Nichts wolle die Preussische Staatsregierung unbedacht lassen, was die besonders schwierige und schmerzliche Lage der Bevölkerung der besetzten Landesteile irgend zu erleichtern und zu bessern vermöchte. Das tiefste Verständnis für diese besondere Lage und das innigste Mitgefühl für dieselbe nehme sie mit sich nach Hause und bei allen künftigen Entschlüssen wolle sie sich davon leiten lassen. Allein die Preussische Staatsregierung müsse auch ihrerseits erwarten, daß man ihren Absichten Vertrauen entgegenbringe. In ihren Entschleungen und Handlungen müsse sie vor allem den Blick auf das Ganze richten. Diese Rücksicht auf das Ganze bringe es zuweilen mit sich, daß die Rücksicht auf das Einzelne scheinbar hintenangelasse werde. Er vertraue darauf, daß die Bevölkerung sich einmütig als Deutsche und als Preußen fühle und in solcher Geminnung eine Abtrennung der Länder am Rhein von Preußen als den ersten Schritt zu einer Loslösung vom Deutschen Reiche erkennen und verhindern werde. Ein gemeinsamer Gedanke müsse jetzt alle deutschen Stämme ausnahmslos erfüllen und leiten: Wie können wir dem vom wirtschaftlichen und moralischen Zusammenbruch schwerbedrohten Vaterlande helfen! Er bitte, dieser gemeinsamen Not eingedenk zu bleiben, wie der Preussische Staat die Länder am Rhein in ihrer besonderen Not nie verlassen werde.

Da die Herren Minister Wiesbaden noch am gleichen Tage verlassen mußten, begaben sich in ihrem Namen der Herr Unterstaatssekretär Linz und Ministerialreferenten am anderen Tage noch nach Lorch, wo ein Berggrutsch die Gemeinde in hohem Maße gefährdet. Die Herren nahmen eine sehr eingehende Besichtigung vor, sprachen der Bevölkerung die Teilnahme der Staatsregierung aus und stellten baldige Staatshilfe in Aussicht.

Lokale und vermischte Nachrichten.

St. Wille, 14. Febr. Am Mittwoch, den 18. Febr. 1920, nachmittags 5 Uhr findet im hiesigen Rathause eine Stadterordneten-Sitzung mit nachstehender Tagesordnung statt:

1. Antrag des Stadtverordneten Dr. Ufinger betr. Jagdverpachtung.
2. Erhöhung der Luftverkehrssteuern.
3. Schenkung Georg Müller.
4. Schenkung Hageborn.
5. Kinderzulage an die städtischen Arbeiter.
6. Kinderzulage an die Hilfsangestellten.
7. Gehaltsregulierung der Hilfsangestellten und Hilfsbeamten.
8. Feuerungszulagen für die Forstbeamten Koedler, Petri und Radv.
9. Lohnregelung der Waldarbeiter.
10. Feuerungszulagen der Beirpersonen der Bateinschule.
11. Bewilligung von Mitteln für einen weiteren Zuschuß für die höhere Mädchenschule.
12. Bewilligung von Mitteln für Lehr- und Lernmittel für die Volksschule.
13. Erhöhung der Gebühren für die Benutzung der Stadtwage.
14. Nachtragshaushaltsplan 1920.
15. Bewilligung einer Vergütung für das Heizen und Reinigen der Schulräume, in welchem der französische Unterricht stattfindet.
16. Wahl eines Mitgliedes für den Sachverständigenausschuß für Reiseleistungen.
17. Bericht des Lebensmittelausschusses.

□ **St. Wille, 16. Febr.** Nachstehend bringen wir die am 15. Februar in Kraft getretene Fahrplanänderung im Preussischen-hessischen Direktionsbezirk Mainz:

Richtung Wiesbaden :

SW	526	Wiesbaden - Frankfurt
W	637	" "
W	814	" "
W	814	Mainz (Triebwagen)
SW	1215	Wiesbaden - Frankfurt
W	1251	Mainz (Triebwagen)
W	215	Wiesbaden (Anschluß n. Mainz)
W	512	Wiesbaden (nur f. Zeitkarten)
W	632	Wiesbaden
W	632	Mainz (Triebwagen)
SW	924	Wiesbaden (Anschluß n. Mainz)

Richtung Niederlahnstein - Köln :

W	631	Triebwagen v. Mainz
SW	786	Niederlahnstein - Köln
W	841	Triebwagen v. Mainz
W	1241	Niederlahnstein - Köln
SW	241	Frankfurt-Rüdesheim
W	317	Triebwagen v. Mainz
W	456	Wiesbaden-Rüdesheim
W	506	Triebwagen v. Mainz
W	637	Niederlahnstein
W	755	Frankfurt-Rüdesheim
SW	1046	Wiesbaden-Rüdesheim

Die mit „W“ bezeichneten Züge verkehren nur Werktag und die mit „SW“ bezeichneten Züge verkehren Sonn- und Werktag.

ca. **Stville**, 15. Febr. Am vergangenen Freitag fand im „Hotel Reisenbach“ eine Theateraufführung der „Höheren Mädchenschule“ von Eltsville statt. Schon in früheren Jahren trat die Schulleiterin Frl. Dillmann mit ihren Schülerinnen durch Weichspieldarstellungen vor die Öffentlichkeit und erzielte durch einen sehr dankenswerten Erfolg. Mit der Aufführung am Freitag Abend dürfte die Schulleiterin mit dem Erfolg zufrieden sein; legte doch dieser Abend allen Besuchern das bereichende Zeugnis von großem Können ihrer Schülerinnen ab und von dem eifrigen Bestreben seitens der Lehrpersonen der „Höheren Mädchenschule“ ihre Schülerinnen je nach ihrer Veranlagung in jeder Weise zu fördern. Wer der Aufführung der Weichspieldarstellungen beigewohnt hat, der kann nicht leugnen, daß die gesamten Mitwirkenden „Ganges“ geleistet, bei einem Spiel, das sie als Missetanten aufgeführt haben. Das Spiel zeigte, daß in den jungen Wesen eine hoffnungsvolle Veranlagung sich findet. Vor Beginn in das Märchenspiel trug **Leuchten Abt** ausdrucksvoll einen Prolog vor, für den die junge Schulleiterin ungeteilten Beifall erntete. Hieraus wurden die Märchenspiele ganz ausgezeichnet aufgeführt. Es würde zu weit führen, alles im einzelnen wiederzugeben. Seien wir gerecht, die Rollen waren vortrefflich verteilt. Ein natürliches lebendiges Spiel. Die Titelmutter in dem Märchenspiel hatten folgende Schülerinnen, übernommen, u. a.: **Karoline Bodenheimer**, **Elfenkönigin**, **König Reclam**, der **Prinz**, **Lina Kopp**, die **Armenmutter**, eine **Mutter**, **Imgard Herrmann**, deren **Rinder Kunt** und **Euse Franz Witterstein** und **Martha Bang**. Letztere hat die **Heulule** gespielt und zwar so natürlich, wie die Verfasserin dieselbe in ihrer Wiedergabe nicht besser verlangen konnte. Nun folgten Bauernjungen, **Bauernmädchen**, **Zwerge** und **Elfen**, die von folgenden Schülerinnen gespielt wurden: **Bauernjungen**: **H. J. Dandlow**, **J. Schwant**, **H. Meyer**, **R. Schützer**, **G. Jahnke**; **Bauernmädchen**: **G. Adige**, **H. Hüfner**, **G. Rutz**, **H. Gernersheimer**; **Zwerge**: **E. Stoll**, **M. Kasper**, **B. Herbert**, **G. Helmich**; **Elfen**: **E. Seidel**, **M. Sühr**, **M. Kopp**, **M. Bug**, **B. Schumacher**, **A. Gypert**; **2. Schmeiherlinge**: **J. Fellner**, **E. Wahl**. Diesem Märchenspiel folgte ein „Waldstanz der Kleinen.“ Überaus niedlich und feierlich, lustig und anmutig wirkte er auf die Zuschauer. Stärklicher nicht endenwollender Beifall lohnte durch abermaliges Herausklaffen die niedlichen Kleinen. Frl. Pfeiffer von der „Höheren Mädchenschule“ sei besonders in Dankbarkeit gedacht, die es so glänzend verstanden, den Kleinen die Tanzkünste beizubringen. Nun folgte das zweite Spiel „Schneewittchen“. Dieses Märchenspiel, uns allen bekannt, ist ein sehr dankbar und jederzeit gern gesehenes Theaterstück. Auch hier waren die Rollen gut verteilt. „Schneewittchen“ wurde von **Maria Hulbert** hervorragend gespielt. Die zahlreich erschienenen Zuschauer waren überrascht von dem schönen Gesang ihrer heiteren, zarten Stimme. **Königin**, die böse Fee, gespielt von **Elisabeth Dommermuth**, wurde sehr gut gegeben, obwohl es für die junge Schulleiterin eine unbedeutende Rolle war. Der **Königssohn** wurde charaktervoll von **Olle Volt** wiedergegeben. Die sieben **Zwerge** **Agnes Bellinghausen**, **Catharina Dador**, **Paula Rosbach**, **Kennchen Abt**, **Martha Ballo**, **Cornelia Fiegler**, **Theo Sühr**; **Sonnenstrahlen**: **Elisabeth Schmitt**, **Herta Simon**; **Weiterwölfe**: **Herta Adler** traten wirkungsvoll hervor. Alles in Allem, ein hervorragender Erfolg, ein glänzendes Spiel ohne Widerspruch. Ohne Zweifel haben mit dieser Darstellung die Schulleiterin Frl. Dillmann und alle anderen Lehrpersonen bei allen Eltern volle Anerkennung gefunden.

uk. **Stville**, 16. Februar. (Neue gerichtliche Entscheidungen.) Die Unterschrift verpflichtet bekanntlich zur Anerkennung der Urkunde, selbst dann, wenn sie erfolgt ist, ohne daß die Urkunde gelesen wurde. Aber nach neuester Gerichtsentscheidung ist die Anfechtung wegen Irrtums möglich, wenn der Unterschriftende geglaubt hat, den Inhalt der Urkunde zu kennen und dieser der Vereinbarung nicht entspricht. So ist eine Handhabe geboten gegenüber Reisenden, die den Bestellzettel entgegen der mit dem Auftraggeber getroffenen

Vereinbarung ausfüllen in der Voraussetzung, daß er von diesem ungelassen unterschrieben wird, was schon häufig vorgekommen ist. — Die Veröffentlichung einer Polizeiverordnung im Beiblatt einer Zeitung ist nach einer Entscheidung des preussischen Oberverwaltungsgerichts nur gültig, wenn sich im Hauptblatt ein Hinweis auf die Beilage befindet. — Die Errichtung eines Kinematographentheaters kann durch die Ortspolizeibehörde in Preußen nicht aus dem Grunde verboten werden, weil kein Bedürfnis vorliegt. So heißt es in einer Entscheidung des preussischen Oberverwaltungsgerichts. **H. B.**

ps **Stville**, 17. Febr. So etwas von dem obligatorischen Carnevaltreiben war am Sonntag und auch gestern, trotz aller Not und Sorge, in unserem Städtchen zu verspüren. Es ist ein Stück Eigenart des Rheinländers, und die Chronik lehrt, daß in den Tagen des Carnevals dem fröhlichen Prinsen der Tribut gepöhlert ward, mochte da Armut oder Wehmut herrschen — für Augenblicke war dies all vergessen. Unter diesem Gesichtspunkte betrachten und bewerten wir auch das diesmalige Treiben, das natürlich nicht im ernstesten an vergangene Tage heranzureichen vermochte. — Der „Viederkrantz“ hatte seine Freunde für Sonntag zu einem Familienabend nach dem „Bahnhofhotel“ geladen. Der Saal war überfüllt und wir müssen gestehen, der Verein hat Geschick, auch derartige Abende vielseitig anregend zu gestalten. Eine „ländliche Konzertprobe“ wirkte höchst belustigend; auch die übrigen Vorträge, die ganz dem Charakter des Abends angepaßt blieben, fanden wieder viel Beifall. So flogen die Stunden bei Song und Tanz dahin und bis Morgengrauen dehnte sich die Veranstaltung aus. — Der Montag, ein prächtiger Vorfrühlingsstag, war unseren Kleinen zur freien Betätigung ihres harmlosen Faschingtreibens bestimmt. So grotesk schließlich auch der Carneval mit seinen Neugierlichkeiten in diesen erbärmlichen Tagen auf erstarrte Gemüter wirken mag, ach, den Kleinen gönnten wir die Freude, die sie wohl alle überhaupt noch nicht gekannt. Abends war im „Bahnhofhotel“ und bei „Reisenbach“ Tanz, bezeichnender Weise wieder gut besucht.

ca **Stville**, 16. Febr. Die hiesige „Turngemeinde“ hält am Samstag, den 21. Februar, abends 8 Uhr im Gasthaus „Zum Preitenstein“ ihre Monats-Hauptversammlung ab. Es werden die Mitglieder gebeten, in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung vollständig zu erscheinen. Näheres siehe Inseratenteil.

+ **Stville**, 16. Febr. Am Montag, den 23. Februar findet im „Katholischen Vereinshaus“, abends 8 Uhr eine Versammlung des „Zentrums- Wahlvereins“ statt, in welcher über die Tätigkeit der Vertreter der Zentrumspartei in den städtischen Körperschaften berichtet werden soll. Jeder Parteifreund, Zentrumswähler- und -Wählerin wird es wohl mit Freude begrüssen, daß man auch jetzt einmal darüber unterrichtet wird, was von den gewählten Stadtverordneten- und Magistratsmitgliedern im Stadtparlament geleistet wird. Auch über die Neuorganisation der Partei sollen sehr wichtige Mitteilungen erfolgen, die für jeden unserer Freunde sehr interessant sein werden. — Darum ist es Ehrenpflicht für jeden, daß er in dieser Versammlung erscheint. — Wir verweisen auf das Inserat in heutiger Ausgabe. Wie wir hören, sollen diese Versammlungen für die Folge regelmäßig monatlich einmal stattfinden.

+ **Stville**, 16. Febr. Wie wir früher bereits schon darauf hingewiesen haben, wurde seitens der hiesigen „Freiwilligen Feuerwehr“ beschlossen, am 2. Oberfeiertag den seit jeher sehr beliebt gewesene „Feuerwehrring“ abzuhalten. Wie allgemein bekannt ist, hat die hiesige „Freiwillige Feuerwehr“ während des ganzen Krieges aufopfernd zum Wohle der Kameraden im Felde und deren Angehörige zu Hause durch Liebesgaben und Unerwartungen dazu beigetragen, nach bestem Können die Not zu lindern. Man kann daraus den Schluß ziehen, daß die Kasse der Wehr dadurch sehr in Mitleidenschaft gezogen worden ist. Es wurde deshalb bei der Ausschreibung beschlossen, einmal an die gesamte Einwohnerschaft heranzutreten, mit der Bitte, die Wehr durch Zeichnungen von Geldspenden oder sonstigen Geschenken zu unterstützen, so daß die Finanzen

wieder gestärkt werden, weshalb auch der Ball vorgezogen ist. Auch wird es von allgemeinem Interesse sein, wenn bei dem großen Feuerwehrtage den auswärtigen Wehren, welche bei dieser Gelegenheit wohl in Massen in unserem Städtchen erscheinen werden, auch etwas richtiges geboten wird. In den nächsten Tagen wird die „Freiwillige Feuerwehr“ eine Liste zirkulieren lassen, wo jedem Gelegenheit geboten ist, sein Scherlein zum Wohle der Wehr beizutragen und bitten auch wir an dieser Stelle, daß ein jeder sich recht fleißig an dem guten Werk, welches ja auch zum Wohle jeden Einwohners ist, wenn die hiesige Feuerwehr recht gut gedeiht, beteiligt.

✓ **Stville**, 16. Februar. Man schreibt uns: Die Dienstinunden des hiesigen Postamts sind vom 16. ds. Mts. ab in den Monaten April bis einschl. September von 7—12 Uhr vormittags und 2—6 Uhr nachmittags. In den Monaten Oktober bis einschl. März von 8—12 Uhr vormittags und 2—6 Uhr nachmittags.

+ **Stville**, 16. Febr. Das Postamt schreibt uns: Zeitungen und Zeitschriften, deren Einfuhr nicht ausdrücklich verboten ist, können jetzt wieder im Wege des Postbezuges aus dem unbefestigten Deutschland in das französisch besetzte Hessen-Rhön eingekauft werden.

X **Stville**, 16. Febr. Im Interesse der Förderung vernünftiger schlichter Bauweise im Sinne der Heimatschutzbestrebungen machen wir die beteiligten Kreise auf die Blätter für Handwerk und Kunst, herausgegeben von **Fritz Koch**, Vorstand der Stiftung für Heimatschutz in **Sonneberg i. Thüringen** besonders aufmerksam.

Letzte Nachrichten.

Die Lösung der Auslieferungsfrage.

* **London**, 15. Febr. (Havas.) Die letzten Freitag nach Berlin gesandte Note über die Auslieferung der Schuldigen ist den Prinzipien nach fest. Es ist möglich, daß Deutschland die Erleichterung gewährt bekommt, die Schuldigen vor deutschen Gerichten und deutschen Richtern abzurteilen. Eine solche Forderung kann Deutschland kaum zurückweisen.

Auch keine Auslieferung des Kaisers!

* **London**, 15. Febr. Die Note der britischen Regierung an Holland ist gestern abgegangen. Die Note befehlt darauf, daß der Kaiser in eine niederländische Kolonie geschickt werden soll.

Beibehaltung der Zwangswirtschaft.

Der Wirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium entschloß sich, der Reichsregierung vorzuschlagen, die Zwangswirtschaft sowohl für Getreide wie für Kartoffeln für das kommende Getreidejahr aufrechtzuerhalten und den Hafer wieder in die Bewirtschaftung einzubeziehen. — Die Mindestpreise, die das Reichswirtschaftsministerium vorge schlagen hatte, wurden als angemessen anerkannt. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erzählt, sind für die Belieferer folgende Mindestpreise für die Dauer der Zwangswirtschaft vorgesehen: Weizen 50 Mark, Roggen 45 Mark, Gerste und Hafer 40 Mark und Kartoffeln 25 Mark für den Zentner.

Mainzer Börse.

Ma n z, den 13. Februar 1920. + Die Warenbörse war sehr stark besucht und die Nachfrage nach fast allen Artikel eine regere. Was den Fruchthandel angeht, so waren die Preise für Mehl, Hafer und Saatgut sehr fest, mit Ausnahme von Roggklee, welcher stärker wie seither angeboten. — Die Textilwaren- und Lederbranche waren stärker als seither betreten. Vor Beginn der Börse fand unter dem Vorsitz des Herrn Geheimen Kommerzienrat August Feine, Mainz, eine außerordentliche Hauptversammlung statt, in welcher die neue Satzung des Mainzer Börsen-Vereins — diese Bezeichnung führt von jetzt an die hiesige Börse — festgelegt worden ist. Die ordentliche Hauptversammlung, in welcher auch die Wahl des Börsen-Vorstands erfolgt, findet am 20. d. Mts. statt.

Verantwortlicher Schriftleiter: Alexander Endres, Stville.

Dunkle Mächte.

Roman von **H. Witte**. (Nachdruck verboten.)

(21. Fortsetzung.) „Aber wie können Sie das wissen?“ rief Alice aus. „Wie können Sie vermuten, daß Herrn Reimunds Krankheit —“ „Mein liebes Fräulein Sie vergessen, daß Sie selbst schon mit mir davon gesprochen haben! In meinem Beruf würde es den sicheren Misserfolg bedeuten, wenn ich nicht halb aus Erfahrung und halb aus sogenannten Instinkt sehr schnell alles wüßte, was überhaupt im Bereich der Möglichkeit liegt. Ich habe außerdem bereits mehrere Tage mit Erkundigungen zugebracht. Ich weiß sehr genau wie es mit Reimund steht. Er ist ein — verzeihen Sie das harte Wort! — Quartals-Trinker der schlimmsten Art. Das heißt ein Mann, der vielleicht wochenlang nicht einen Tropfen Alkohol zu sich nimmt, bis es dann plötzlich wie ein Waackstein über ihn kommt, das unstillbare und unwiderstehliche Verlangen, fort und fort zu trinken.“ „Er nennt es Muskel-Neuralgie.“ „Nun ja! — verzeihen Sie! Sie werden später sehen, daß ich recht habe. Sie haben vorher gesagt — oder sagen wollen —, daß es ihnen seltsam erscheint, wie Faber und sein Nachfolger Reimund an ein und derselbe Krankheit zu leiden schienen? — Einer Krankheit, die sie in Zwischenräumen von ungefähr sechs Wochen nötigte, sich für einige Tage zurückzuziehen?“

„Ja — das kann ich nicht verstehen,“ erwiderte Alice. „Mehr als das: es erfüllt mich mit einem unerklärlichen Entsetzen! Denn es kommt ja noch etwas anderes dazu. Nicht nur dieselbe Krankheit haben sie; sie sprechen auch mit derselbe Stimme, sie haben sehr oft dieselben Bewegungen. Wie vertraut Reimund mit den Angelegenheiten von Seeburg ist, habe ich ja schon erwähnt. Es ist, als wenn Fabers Geist seinen Weg in Reimunds Körper gefunden hätte.“ „Wir dürfen daran glauben, daß wir es hier mit einem sehr ungewöhnlichen und — wenn man so sagen darf — genialen Verbrecher zu tun haben.“ „Davon bin ich fest überzeugt! Aber damit habe ich noch keine Erklärung für diese Seltsamkeiten. Wie ist es möglich? Herr Faber ist tot. Bevor er starb, hat er gesagt als einmal gesagt wer sein Geld haben sollte. Er schenkte mir sein Vertrauen wenn er sich einmal in guter Stimmung befand. Damals hielt ich ihn — wenn nicht für einen guten, so doch auch nicht für einen schlechten Menschen — heute bin ich an allem so irre geworden, daß ich nicht mehr weiß, ob sein Vertrauen schmeichelhaft für mich war. Ich weiß, daß er eine hohe Meinung von seinem Freunde in Argentinien hatte. Das Testament, nach dem diesem Freunde alles zufallen mußte, ist sehr lange vor dem Unglück aufgesetzt worden. Es steht außer aller Frage, daß Herr Faber tot ist; ich habe es selbst mit ansehen müssen, wie sie seinen Körper ins Haus trugen. Es war kaum noch etwas Menschliches an ihm, so furchtbar war er zugerichtet — aber die

Reibung in der er ein paar Stunden zuvor aus dem Hause gegangen war, war seitensamerweise fast unversehrt geblieben, und dann eine Hand. Eine Hand mit den merkwürdigen Wangen — oder wie man es nennen muß —, die er niemals hätte heilen können. Ich weiß nicht mehr, wie man es nannte; ich glaube, sie kamen von einer Art von Blutvergiftung. — Ich habe den Eindruck, als nähste Reimund ein naher Verwandter Fabers sein, der irgendwie gezwungen war, Deutschland zu verlassen und seinen Namen zu ändern.“ „Clemens war ihren Ausführungen mit einer Aufmerksamkeit gefolgt, die sehr schmeichelhaft für das Mädchen war.“ „Sie werden damit auch recht haben,“ entgegnete er nun. „Meine Nachforschungen haben mich selbst davon überzeugt, daß Reimund und Faber sehr nahe Verwandten sein müssen. Aber wir dürfen nichts davon erwähnen, wenn wir uns das Spiel nicht schon im Anfang verderben wollen. Und nun zu Doktor Alvarez, unserem spanischen Arzt. Welche Rolle hat er in dem Drama?“ „Alice zuckte die Achseln, während ihre Wangen sich dunkel färbten.“ „Ich kann es nicht genau sagen“, sagte sie unsicher. „Er kam eines Tages ganz unerwartet an und richtete sich dann auf Seeburg hin. Er gab vor, daß er über das Wiedersehen mit Reimund große Freude empfände.“ (Fortsetzung folgt.)

Wegen Umstellung
einer
Chemischen Fabrik
in
Biebrich a. Rhein
Rheingaustraße 40/46
sind zu verkaufen:

Transmissionsteile

Lager
Wellen
Niemenscheiben
Lederriemen

Rohrleitungen

für
Gas und Wasser
U. und Winkelleisen

Rundelisen
Nageisen

Elektromotore usw.

Verkaufstage:
Montag, Mittwoch und Freitag
von 9 bis 12 Uhr

Rheingaustr. 40/46, Biebrich a. Rh.



Kino-Theater
„Deutsches Haus“, Eltville.

Dienstag, den 17. Februar, nachmittags 4 Uhr und
abends 7 1/2 Uhr:

Große Vorstellungen:

„Das Spielzeug der Zarin“

„Romeo u. Julia im Seebade“

Rauchen verboten.

Personen unter 16 Jahren haben keinen Zutritt.



Turngemeinde Eltville,
e. V.

Monats-Hauptversammlung

am **Samstag**, den 21. Februar 1920, abends 8
Uhr, im Gasthaus „Zum Greitenstein“, Schmittstr.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Karnevalsveranstaltung.
2. Versicherung des Inventars gegen Feuer und Diebstahl.
3. Bewilligung von Mitteln für Anschaffungen.
4. Besprechung über die Sommerveranstaltungen.
5. Verschiedenes.

Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen bittet:

Der Vorstand.

Epstein's
Alarmapparate

schützen vor Diebstahl in Wohnungen, Ställen und
Gärten.

Großes Lager in emaillierten und schwarzen
Geräte, Kupferkessel, Garten-Geräte, Leiter-
wagen etc.

Swigen und deutschem Klee-Samen, Eden-
dorfer Dickwurz, Söhnen sowie sämtliche Sämereien.

Rassia-Wafer frisch eingetroffen.

Ph. J. Bischoff,
Eltville.

N.-B. Meiner wertigen Kundschaft zur gest. Kenntnis-
nahme, daß ich Radreise und sonstiges Eisen nur
gegen Rückgabe von Altheisen abgeben kann.

Ankauf von Altheisen und Guß.

Alte Doppelkelter

werden jederzeit gekauft.

August Kopp II.,
Eltville, Lannstr. 26.

Zentrums-Wahl-Verein Eltville.

Einladung

zu der am

Montag, den 23. Februar 1920,
abends 8 Uhr

im „Katholischen Vereinshaus“

stattfindenden Versammlung.

Tages-Ordnung:

- 1) Bericht über die Tätigkeit unserer Vertreter in den städtischen Körperschaften.
- 2) Bericht über die Neuorganisation der Partei.
- 3) Entgegennahme von Anträgen und Anregungen.

Unsere Parteifreunde, Zentrumswähler und -Wählerinnen sind dringend zu dieser wichtigen Versammlung herzlich eingeladen. Bestimmtes Erscheinen ist Ehrenpflicht.

Mit Parteigruß:

Der Vorstand.

Deutsche Bank Wiesbaden,
Devisen-Abteilung

direkte Telefonanschlüsse 6417, 6418, 6525.

An- und Verkauf aller ausländischen

Zahlungsmittel.

Auf Wunsch

regelmässige Kursmeldungen

schriftlich und telefonisch

Wir bitten um Anruf.

[7069]

Mainzer Frauen-Arbeitschule G. B.

Beginn der Sommerkurse am 12. April 1920.

Abteilung A, Emmeranstraße 41, Tel. 2612.

Wäschenähen, Schneidern Kunsthandarbeiten, Bügeln, Kochen.
Verfügbare Ausbildung zur Schneiderin, Wäschenäherin, Köchin.
Hauswirtschaftsschule: Ausbildung zur Stütze u. Hausbeamtin.
Seminare für Hauswirtschafts- und Handarbeitslehrerinnen mit
staatlicher Schlussprüfung.

Schriftl. u. mündl. Anmeldung tägl. im Büro Emmeranstr. 41 I.
Sprechstunden der Leiterin: Dienstags von 3-5 Uhr.

Abteilung B, Rosengasse 12, Tel. 506.

Seminare für Kindergärtnerinnen, Hortnerinnen und Ju-
gendleiterinnen mit staatlicher Schlussprüfung.
Ausbildung zur Fröbel'schen Kinderpflegerin.

Schriftl. u. mündl. Anmeldung tägl. im Büro Rosengasse 12.
Sprechstunden der Leiterin: Dienstags von 2-4 Uhr, Mittwochs
und Samstags von 12-1 Uhr.

Der Vorstand.

Geschäftsbedarf! [8177]

Packpapier, Bekkappen, Kartons, Kordel,

Klebstoff, Drucksachen, Durchschreibartikel,

Durchschlag- u. Kohlenpapiere, Farbbänder,

liefert vom Lager: **G. C. Meyer, Eltville, Tel. 263.**

Gothaer Feuerversicherungsbank auf Gegenseitigkeit.

Im Jahre 1921 eröffnet.

Der Überschuss des Geschäftsjahres 1919 beträgt für die

Feuerversicherung:

60 Vom Hundert

der eingezahlten Beiträge, auf die Einbruchdiebstahl-Versicherung
entfällt mit Rücksicht auf den ausserordentlich ungünstigen
Verlauf dieses Versicherungszweiges in diesem Jahre kein Über-
schuss.

Der Überschuss wird auf den nächsten Beitrag angerechnet,
in dem im § 11 Abs. 2 der Banksatzung bezeichneten Fällen
bar ausbezahlt.

Ankunft erteilt bereitwilligst die unterzeichnete Agentur.
Eltville, im Februar 1920.

Ph. Mohr,

Fernsprecher Nr. 103, Schwalbacherstr. 36.

Klee samen

sowie

alle Sorten Gemüsesamen zur Frühjahrsaussaat

empfehlenswert

Handelsgärtnerei Bopp,
Dambach-Schlungenbad.

[8148]

Gegen Katarre



7864]

Tüchtiges

Mädchen

zum sofortigen Eintritt bei
gutem Lohn sucht

Frau Direktor Hertig,
Seifenheim.

Gut

möbliertes Zimmer
womöglich mit Pension ge-
sucht.

Offerten unter A. S. 100 an
die Exped. ds. Bl.

Schön

möbl. Zimmer

zu vermieten.

Näheres im Verlag ds. Bl.

Zwei gut erhaltene

Oefen

ein größerer u. ein kleinerer

preiswert

abzugeben.

Näheres

Friedrichstr. 14.

An- und Verkauf



von Hunden aller Rassen.
Gullig's Rassehund-
Centrale
Wiesbaden, Rheinstr. 60.

Tausche
frische Eier

gegen
Zuckerarte.

Angebote unter S. 100 an
die Exped. d. Bl.

Wir suchen

für kaufstüchtige Kapitalisten
verkäufliche Häuser

jeder Art und erbiten Angebote
von Selbstgeheimern.

Grundstücks-Offertenverlag,

Frankfurt a. M., Schillerhof.

Hohe laufende Renten

für Vertreter(innen) in all. Stän-
den von absolut konkurrenzlosem
Unternehmen (auch als Neben-
erwerb) zugesichert. Angebote
unter L. G. 700 an Ala-
senstein & Vogler, Leipzig.

Sehr wichtig!

Bei den enorm hohen Waren-
preisen, insbesondere für Weizen,
Lebensmittel und Fabrikate aller
Art, ist bei Versicherungen durch
die Schifffahrt sowohl als auch
durch die Bahn und sonstige Be-
förderungsmittel (F u h r e) die
Versicherung gegen Diebstahl,
Bruch, Verhabe und Verlust unter
allen Umständen dringend geboten.
Bei begründeten Schadenersatz-
ansprüchen hasten die Schifffahrts-
gesellschaften z. B. nur bis zum
Höchstbetrage von Mk. 1.- pro
Riso.

Billigste Prämien und zeitge-
mäße Bedingungen durch

Jacob Burg,
Eltville a. Rh.,

7961]

Fernsprecher Nr. 12
Vertreter für Transport-, Un-
fall-, Haftpflicht-, Glas u. der-
gleichen Versicherungen. Aus-
künfte bereitwilligst.

Mainzer Pädagogium

MAINZ,

Kaiser Friedrichstr. 26
Verbild. für Einj., Oberse-
kunda Prim. u. Abitur., auch
f. Dam. Tages- u. Abendkur-
se. Aug. 1917 u. Febr.
1918 bestanden sämtl.
Schüler der Tageskurse.

Volksschüler erlangten
n. kaum
einjähr. Vorbereitung das
Einj.-Freiw.-Zeugnis
und die Reife für
Obersekunda. Pro-
spekt frei. Sprechstund.
11-1/2 Uhr. Fernsprecher
5178. (06607)

[06607]

Kosten-

anschlags-

Formulare

sind wieder vorrätig

bei

Alwin Boege,
Buchdruckerei und
Papierhandlung.

Heiraten.

Eine große Anzahl Landwirts-
schafter mit großem Vermögen
für jedes Alter und Stand
wünschen sich zu verheiraten
durch das Heiratsbüro [8179]

Beder I.,
Dogheim,
Schliersteinstr. 11.